

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Zusage.
— Einzelne Nummern 5 M.
V. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeinderverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die lebenswährende Weltstadt
V. außerhalb der Kreis-
hauptmannschaft 5 M. im amtlichen Teil (aus
dem Beiblätter) die Zeile 20 M. — Geringe und
Reklame 10 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebne. — Druck und Verlag: Carl Gebne in Dippoldiswalde.

Nr. 235

Sonnabend den 7. Oktober 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 284 die Aktiengesellschaft Weißeritztalwerk-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Dippoldiswalde und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Juni 1922 festgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. die Herstellung, der Ankauf und der Vertrieb von a) Maschinen, Apparaten, Werkzeugen usw., b) Sigmöbeln usw.; 2. die Pachtung oder der Erwerb, die Fortführung und die Vertretung von diesen Zwecken dienlichen Unternehmungen, vor allem die Pachtung oder der Erwerb, bzw. die Fortführung des unter der Firma Weißeritztalwerk, o. m. b. h. in Dippoldiswalde betriebenen Unternehmens.

Das Grundkapital beträgt zwei Millionen Mark und ist in zweitausend auf den Inhaber lautende Aktien je ein tausend Mark eingeteilt. Zum Vorstand sind bestellt: 1. der Kaufmann Arthur Mätz in Radebeul; 2. der Kaufmann Wilhelm Wagner in Dresden; 3. der Ingenieur Willy Wenzig in Dippoldiswalde.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Gesellschaft wird vertreten durch den Vorstand; besteht dieser aus mehreren Mitgliedern, so durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmittel mit einem Prokuristen. Die Mitglieder des Vorstandes werden auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Aufsichtsratsvorsitzenden, dessen Stellvertreter und eines von der Generalversammlung gewählten Mitgliedes des Aufsichtsrats, das hierzu vom Aufsichtsrat besonders bestimmt wird, vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter angestellt und abberufen. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch den Aufsichtsrat oder den Vorstand durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger unter Einhaltung einer Frist von 2 Wochen und 2 Tagen. In den ersten 4 Monaten eines jeden Geschäftsjahrs findet eine ordentliche Generalversammlung statt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen rechtzeitig durch einmalige Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktien sind zum Nennwert ausgegeben und sind sämtlich von den Gründern übernommen worden. Die Gründer sind: 1. Kaufmann Kurt Donner, 2. Fabrikbesitzer Alno Götz, 3. Privatmann Hermann Renz, 4. Bankdirektor Richard Wagner, sämtlich in Dresden, 5. als Vertreter der Dresden Handelskammer, Aktiengesellschaft in Dresden, der Bankdirektor Otto Bauerdorf und Syndikus Dr. Euler in Dresden. Mitglieder des Aufsichtsrats sind die vorstehend unter 1 bis mit 4 Genannten.

Von den mit der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Revisoren, sowie dem Berichte der Revisoren der Handelskammer Dresden kann bei dem unterzeichneten Gericht, vom Prüfungsbericht der Revisoren der Handelskammer Dresden auch bei dieser Einsicht genommen werden.

1 A Reg. 57c/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 3. Oktober 1922.

Landtagswahl.

Die Wählerlisten für die am 5. November d. J. stattfindende Landtagswahl liegen vom 8. bis mit 15. d. M. im Einwohner-Meldeamt (Rathaus, Zimmer Nr. 11, 1. Obergeschoss) zu jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist (15. d. M.) zu bewirken.

Dippoldiswalde, den 6. Oktober 1922. Der Stadtrat.

Essentielle Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

am 5. Oktober 1922.

Anwesend: Bürgermeister Herrmann, die Stadtverordneten Heeger, Heinrich und Schumann, die Elternvertreter Kettner und Neuhold, Schulleiter Schmidt, Lehrer Gust und Schularzt Samtätsrat Dr. Voigt.

Die Forstrevierverwaltung Wendischcarsdorf überwies der Schule 1000 M. (das sind ganze 10 Reichsmark in Silber) als Anerkennung für die von den Schulkindern bei der Nonnenbekämpfung geleistete Hilfe. Mit Dank nimmt der Ausschuss Kenntnis und überweist den Betrag dem Lehrmittelkonto.

Von der auf Grund legitimatischer Verfügung des am 5. 6. 16 in Dresden verstorbenen Wohl. Geh. Rates Lingner errichteten Lingner-Stiftung wurden der Schule 12 Bildertafeln für Menschenkunde und Gesundheitslehre geschenkt. Sollen die Tafeln den Unterricht bereit stellen, sind sie vorher aufzuhängen, was eine größere Ausgabe verursachen würde. Man will hieran vorläufig im allgemeinen absehen, da in der Haupftache gleichwertige und sogar bessere Lehrmittel bereits vorhanden sind. Die

Lehrerschaft soll aber entscheiden, ob eine oder zwei Tafeln für den Unterricht herzurichten sind.

Die Bürgerschule meldet für September unentzündliche Veränderungen nicht, wohl aber wieder die Fortbildungsschule. Es handelt sich um Turnstunden. Strafe ist die Folge.

Die Entscheidung über ein Straferlassgesuch wird ausgesetzt. Die im Gesuch angeführten Tatsachen sind zunächst auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Die Leitung des Lehrers Potscher sollen in diesem Winter mit Hilfe des Gewerbevereins fortgesetzt werden, der um Überlassung eines Schulzimmers an je einem Abend im Oktober, November, Januar und Februar bittet. Das Gesuch wird vom Ausschuss genehmigt. Die Beleuchtungskosten sind zu erheben. Bei einer Quittierung ist insofern des Kohlenverbrauchs ein Fehlbetrag von 300 M. entstanden, den man auf die Schulkasse übernimmt.

Die Befreiung eines Fortbildungsschülers vom Unterricht auf Zeit — der Eltern wegen — wird nachträglich genehmigt.

Kenntnis nimmt man von einer Ministerialverordnung, nach der bis zum 31. 10. größere Schulkindern für Unterrichten vom Nachmittagsunterricht entbunden werden können.

Der Turnverein "Frisch auf", der am 14. 10. sein Abturnen hält, bittet auch für kommenden Winter um Überlassung der Turnhalle. Gern hätte er an Stelle des Sonnabends, der für ihn ungünstig liegt, einen anderen Abend der Woche. Der Ausschuss beschließt, dass sich über die Verteilung der Abende die Turnvereine unter sich zu verhandeln haben. Wegen des ebenfalls im Gesuch erwähnten Kinderturnens bezieht sich der Ausschuss auf den in der vorigen Sitzung gefassten Beschluss. Die Turnhalle kann der Kosten wegen nicht gehiebt werden. Es besteht also die Gefahr der Entäußerung für die Kinder. Deshalb unterbleibt das Kinderturnen in diesem Winter in der Halle. Als Ersatz ist dem Wintersport größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man beschließt schließlich, dass Schreiben, das noch andere Punkte berührt, dem aus Vertretern der Turn- und Sportvereine bestehenden Ausschuss für Leitschreibungen zur Erledigung bzw. geschäftlichen Ausprache zu überweisen.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Örtliches und Sachisches

Dippoldiswalde. Wie wir hören, hat Stadtrat Rickert um Entbindung von diesem Ehrenamt nachgefragt.

— Salinabergerband und Gastwirtverein von Dippoldiswalde bieten am Mittwoch wieder eine gemeinsame Sitzung, diesmal im "Stern", ab, denn neue große Belastungen, besonders auch eine starke Preiserhöhung, drohen dem Gewerbe. Nachdem man die Riederschiff der letzten Versammlung gehört hatte, wurde sofort der Hauptpunkt, Neuvestellung der Verkaufspreise, erledigt. Fast beobachtlos einzog sich die, besonders aus der Stadt gut befreite Verlagszeitung auf folgende Preise: Glas Bier, hell oder dunkel, 22 M., Schnitt 15 M., über die Straße das Liter 42 M., Limonade 20 M., naturell 25 M., Selters 18 M., Kaffee, Tee, Kakao, Tasse 20 M., Portion 40 M., Portion 60 M., Haushaltskaffee jeweils die Hälfte (10, 20, 30 M.), Tasse Schokolade 25 M., Weinbrand und Likör 20 M., Doppeldecker 40 M., Edelkaffee 30 M., Weinbrandverschnitt und Korn 15 M., Wein 30 M., Glühwein und Trog das Glas 60 M. Weiter beobachtete man, bei Benennung des Fernprechers im Ortsverkehr 3 M. und im Fernverkehr Gesprächssteuer und 3 M. Zuschlag zu erheben. Die Garderobegebühr soll auf 3 bis 5 M. festgesetzt werden. Das Bedienungsgeld von 10% auf Getränke und 5% auf Wein und Speisen bleibt in der bisherigen Weise bestehen. Von einigen Dankschreiben nahm man Kenntnis, worauf aus der Mitte der Versammlung noch darum hingeworben wurde, doch es dringend notwendig sei, das Weinbuch f. genau zu führen, wenn man Weiterungen und Schwierigkeiten entgehen will. Nach etwa zweieinhalb Stunden erreichte die Versammlung ihr Ende.

— Die Amtshauptmannschaft schreibt uns: Für jeden Gewerbetreibenden ist es von größtem Wert, den bestgelaufenen Kräftenachwuchs für seinen Betrieb heranzubilden, wenn er wirkliche Werktat leisten will. Die Auswahl des Nachwuchses durch eine sachverständige Berufsberatung ist dabei unerlässlich, denn sie beweckt nicht nur, die Knaben und Mädchen ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechend zu bilden, sondern auch den einzelnen Zweigen des Handwerks, der Industrie, des Handels und auch der Landwirtschaft den nötigen Nachwuchs nach Möglichkeit zu verschaffen. Bei der Berufsberatung wichen Schule, Arzt und Berufsvertreter mit. Die Berufsberatung wird wirklich unterstützt durch Nachwuchsentsprechende offene Lehrstellen. Alle diejenigen, die nächste Oster Lehrlinge oder Lehrländchen einstellen wollen, werden deshalb gebeten, schon jetzt die offenen Lehrstellen bei der Berufsberatungsstelle des Bezirksschulamts nachzuweisen. —

— Auf das vom Stadtrat in heutiger Nummer erlassene Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerlisten für die bevorstehende Landtagswahl wird nochmals besonders aufmerksam gemacht. Die Listen sind neu aufgestellt worden und es empfiehlt sich deshalb, Einsicht in sie zu nehmen, da nur diese Personen an der Wahl teilnehmen können, die in den Listen eingetragen sind. Die Einsichtnahme kann auch an den beiden Sonntagen 8. und 15. Oktober vormittags von 11—12 Uhr erfolgen.

— Wegen Verstaatlichung der Kriminalpolizei sind ab 1. Oktober alle Meldungen über kriminelle Fälle (Vergehen und Verbrechen, Diebstahl, Betrug usw.) nicht mehr auf der Polizeiwache, sondern, da eine besondere Kriminalpolizei-Abteilung hier nicht besteht, bei der bishierigen Gendarmerie-Station (Fernsprecher 164) zu melden. Die städtische Polizei ist jetzt nur noch als Ordnungspolizei anzusehen.

— Am 8. Oktober trifft der Fahrplan für den Winterzeitabschnitt 1922/23 in Kraft. Große Veränderungen werden nicht eingesetzt, da der gegenwärtige Fahrplan als Jahresfahrplan gilt. Im allgemeinen sind nur solche Änderungen vorgesehen, die durch Verlegung von Arbeitszeiten oder durch die Jahreszeit bedingt sind. — In unserem Verwaltungsbereich kommt nur eine einzige Veränderung auf der Linie Dresden—Pößnitz in Frage, daß die Jüge nachm. 5.06 ab Dresden Hbf. nach Pößnitz und nachm.

3.33 von Pößnitz nach Dresden Hbf. häufig auch an Sonn- und Festtagen verkehren.

— Die Vereinigte Sozialdemokratie hat für die bevorstehende Landtagswahl für die Kreishauptmannschaften Dresden und Altenberg ihre Kandidatenlisten veröffentlicht. Aus der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde findet sich kein Name darunter.

Olaschütte. Zum Vorsitzenden des Arbeiter-Gefangenviertels wurde Alfred Leymann gewählt. Als Liedermeister ist Lehrer Rohmann in Cunnersdorf gewonnen.

Altenberg. Das Gallohaus "Stadt Dresden" hier ist pachtweise an Johannes Seidel, Schwager des Vestlers Ernst Schöne, übergegangen.

Frauenstein. Der hier erscheinende "Anzeiger" schreibt: Donnerstag vormittag blieb wieder einmal der Strom weg, sodass alle Betriebe, die mit Kraft arbeiten, zum Stillstand gezwungen waren. Wir erinnerten uns beim Überlandstromverband nach der Ursache und ersuchten dort, daß vom Werk aus nicht ausgeschalten sei. Es wurde uns bedeutet, im bishierigen Transformator nachsehen zu lassen, ob eine örtliche Störung vorhanden sei. Auch das war nicht der Fall. Schließlich erfuhrn wir auf telefonische Anfrage beim Bezirkstelegraphen, daß der Strom ausgeschalten worden sei, um Bäume auszäulen. Das ist denn doch ein starkes Stück unglaublicher Nachlässigkeit von Seiten des Werkes, das nach Ausfall des Bezirkstelegraphen um dieses Bäumeauschneiden gewußt hat. Wir fragen das Werk: Können diese Arbeiten nicht in den Morgenstunden der Sommermonate — etwa von 5—8 Uhr — erledigt werden? Es wäre eine interessante Rechtsfrage, ob man das Werk, das in vorliegendem Falle ohne Zweifel wissenschaftlich und ohne Einwirkung irgendwelcher Witterungseinflüsse oder Maschinendefekte seine Abnehmer schädigt, schadenshaftlich machen kann. Das sind unbalzbare Zustände. Die Verbundsgemeinden dürfen sich solche grobe Verleumdungen der Lieferungsbedingungen einfach nicht bieten lassen.

Dresden. Am Mittwoch vormittag sprang ein junger Mann zweimal hintereinander in selbstmörderischer Absicht in die Elbe, wurde aber beide Male gerettet.

— Im Gemeindeverband Dresden kostet jetzt das 1900-Gramm-Brot 43 M.

— In drei verschiedenen Terminen hatten sich Dresdner Land- und Schöffengericht mit dem 1865 zu Niedereinsiedel geborenen, in Tegau-Schönau wohnhaften Brunnenschauer und Pferdehändler Joseph Wilhelm Dittlich und gegen dessen Ehefrau zu beschäftigen. Der Angeklagte Dittlich hatte im August 1920 insgesamt vier Pferde, die von einem Gutsbesitzer in Oberpesterwitz stammten, und die gegen 80 000 Kronen Wert besessen haben sollen, bei Jannwald über die Grenze gepaßt. Wegen dieser Grenzübertretung ist er erst jetzt nachträglich vor der 3. Strafammer. Das Gericht versetzte dem Angeklagten, der bereits vorbestraft ist, mildernde Umstände, sodass die im Gesetz vorge sehenen ordentliche Strafe zu erkennen war. Dennoch lautete das Urteil auf 1 Jahr Justizhaus und 150 000 M. Geldstrafe oder weitere acht Monate Justizhaus, sowie auf 3 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrengerechtigkeit. Bei dieser Pferdepaßerei hatten seinerzeit noch andere Personen mitgewirkt, so standen mit Dittlich noch der in Freital-Denken wohnhafte Tiefbauarbeiter Gustav Alster und der in Freital-Potschappel wohnhafte Kutscher Emil Richard Peckert unter Anklage. Letzterer erhielt 7000 M. Geldstrafe, während Alster freigesprochen wurde. In einem anderen Termin mußte sich Dittlich wegen Rötlung und Beleidigung vor dem Schöffengericht verantworten. Als sich die Brüder seiner Frau in Altenberg wegen Schmuggel in Untersuchungshaft befanden, holte Dittlich von Böhmen aus zwei Briefe an Amtsschreiber Dr. Dost geschrieben und ihn in größter Weise beleidigt und bedroht. Der Angeklagte schob alle Schuld auf seine Frau; diese soll ihm die Briefe diktiert haben. Dittlich wurde zu 12 000 M. Geldstrafe verurteilt. Ein dritter Termin richtete sich gegen Frau Dittlich. Diese schrieb im Frühjahr 1920 an die in Altenberg in Haft befindlichen Brüder einen Brief, worin sie Amtsschreiber Dr. Dost indirekt großlich beleidigt hatte und ihm schwere Amtsverfehlungen sowie Schmuggel vortwarf. Das Schöffengericht zu Dresden warf hierfür 3000 M. Geldstrafe aus. Im ersten Termin erklärte Dittlich, seine Frau sei ihm weggelaufen und lebe in Dresden mit einem anderen zusammen. Als er nach Dresden gefahren sei, um die treulose Frau auszubauen, habe diese die Festnahme bewerkstelligt, bzw. durch ihren Anhang vornehmen lassen. Dittlich ist damit schon hereingefallen.

Leipzig. In dem Verfahren gegen den Kapitänleutnant Wolfgang Dietrich, Exkri. und Schriftsteller Stein, Burg Saale, ist der Termin zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig auf den 24. Oktober anberaumt worden.

Leipzig. Drei Raubüberfälle ereigneten sich innerhalb kurzer Zeit in Leipzig. Auf dem Mehlplatz wurde ein Arbeitsbarthe bis aus Hennig ausgeraubt. In zwei anderen Fällen wurden Gastrichter in der Nacht auf dem Nachhauseweg von jungen Burschen überfallen und beraubt. Im ersten Falle fielen den Tätern 4000 M. und ein Ring in die Hände, im zweiten Falle mußten sie fliehen, ohne ihr Ziel vollständig erreicht zu haben, weil sich der Überfallene, ein Bierzapfer, zur Wehr setzte und laut um Hilfe schrie. Nur ein Bünd Schlüssel, das sie dem Überfallenen aus der Tasche rissen, fiel in ihre Hände.

Burkersdorf. Ein Brand entstand in dem kleinen, dem ehemaligen Fleischbeschauer Hiedler gehörenden Haus an der Carolastrasse, das völlig vernichtet wurde. Der frühere Besitzer des Grundstücks, der beinahe 80 Jahre alte Invalidenrentner Heinrich Wünsche, ist in den Flammen umgekommen.

Glauchau. Ein schweres Autounglück ereignete sich am Forsthaus Rämpfwald. Der Kraftwagenfahrer Fischer unternahm mit 7 Personen eine sogenannte schwarze Fahrt, bei der das Auto in den Straßengraben fuhr und sich überschlug. Fischer und ein Zechner Hohmann waren sofort tot, 2 Insassen wurden schwer und 4 leicht verletzt. Sämtliche Verunglückten stammten aus Zwickau.

Die Angestelltenversicherung.

Sämtliche Angestellte versicherungspflichtig.¹³

Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten wurde in der Frage der Angestelltenversicherung eine Einigung dahin erzielt, daß für die Versicherungspflicht jede Verdienstgrenze in Wegfall kommt. Nur für höhere Angestellte mit über 500 000 M. Jahresgehalt sind Ausnahmen vorgesehen. Alle anderen Angestellten sind also ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes versicherungspflichtig.

Entsprechend diesen Beschlüssen wurde dann der grundlegende Paragraph 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der ersten Fassung in der folgenden neuen Fassung angenommen:

"Für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der hinterbliebenen werden vom vollendeten 16. Lebensjahr an Angestellte einschließlich Werkmeister und ihnen gleichstehende Gehilfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes versichert, insbesondere:

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung, Stuhlmacher und andere Meister der Textilbranche, Lokomotivführer, Poliere, sowie Büroangestellte, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigungs-, Aufzimmungs- und ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden. Einschließlich der Altrohrlinge und Werkstattzeichner, Lokomotivführer, die die Berechtigung haben, auf Staatsbahnanhängsel zu fahren.

2. Handlungshelfen und Handlungsehrlinge, andere Angestellte für kaufmännische Dienste, auch wenn sie Gegenstände des Unternehmens kein Handelsgewerbe ist, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken.

3. Bühnenmitglieder und Musiker ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen.

4. Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge und der Kranken- und Wohlfahrtspflege.

5. Aus der Schiffsbefahrung deutscher Seefahrzeuge und aus der Besatzung von Fahrzeugen, der Binnenschiffahrt, Eisenbahnen, U-Booten und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsdienststellen sowie die in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung befindlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Bildung, fämlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.

Berechnung der Versicherung ist für alle diese Personen, daß sie nicht berufsunfähig sind, daß sie gegen Entgelt als Angestellte beschäftigt werden und daß sie beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben.

Versicherungsfrei sind, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 500 000 M. übersteigt, bewollmächtigte Betriebsleiter, die Mitglieder des Vorstandes bei juristischen Personen und die Geschäftsführer bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung."

Im Anschluß hieran wurde dann noch eine neue Fassung des in der Invalidenversicherung dem Paragraph 1 der Angestelltenversicherung entsprechenden Paragraphen 1226 der Reichsversicherungsordnung beschlossen.

Ausländerstut im Rheinland.

Über 150 000 Fremde am Rhein.

Die Rheinprovinz ist seit dem Waffenstillstand das richtige Eldorado für die Ausländer. Nicht genug damit, daß allein schon 90 000 Mann Besatzungstruppen mit ihren Angehörigen und zahlreichen Zivilbeamten im Rheinland untergebracht sind, geben sich Tausende von Fremden aus aller Herren Länder am Rhein ihr Stellidchein, um bei dem großen Ausverkauf Deutschlands nicht zu kurz zu kommen.

Ein richtiges Bild vom „deutschen“ Rhein ergibt sich aus der jetzt veröffentlichten Übersicht der Ausländer, die zu Beginn des Sommers 1922 im besetzten Gebiet sich aufgehalten haben. Nach dieser Übersicht wohnten zur angegebenen Zeit rund 150 000 Ausländer in der Rheinprovinz (wohlgemerkt außer den Besatzungstruppen und deren Angehörigen). Davon sind 4563 Franzosen und 6279 Belgier. Von den übrigen hochvoluntarischen Ländern wohnten in der Rheinprovinz: 4590 Norweger, 2285 Schweizer, 4855 Italiener, 3320 Spanier, 4039 Serben, Kroaten und Slowenen, 13 424 Tschechoslowaken und 58 583 Holländer. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Staaten.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch angegeben ist. Dazu kommt weiter, daß in dieser Statistik die nichtpreußischen Landesteile des besetzten Gebietes nicht berücksichtigt worden sind, und endlich muß hervorgehoben werden, daß jetzt im Hinblick auf die neue Marktkatastrophe die Zahl der ausländischen Zivilpersonen weit auf 8 größer ist als in dieser Statistik, die zu Beginn des Sommers aufgenommen worden ist.

Was uns die Ententekontrollen kosten.

Die Botschafterkonferenz hat die Bezüge der Mitglieder der Internationalen Kontrollkommissionen in Deutschland schon wieder einmal erhöht, und zwar hat sie die bisherigen Gehälter mit Wirkung vom 1. September ab verdreifacht. Danach erhalten fortan monatlich außer ihrem Heimatsgehalt der vorstehende General 310 800 M., sonstige Generäle und Oberstleute 229 425 M., Hauptleute und Leutnants 139 275 M., Unteroffiziere 75 730 M. und Gemeine 45 900 M. Diese Gehälter und Bezüge sind selbstverständlich von den deutschen Steuergäbern aufzubringen.

Einigung im Orient?

Die Vereinbarungen von Mudania.

Nach französischen Meldungen aus Konstantinopel ist in Mudania eine Vereinbarung zwischen den aliierten Generälen und dem türkischen Unterhändler General Ismed Pascha abgeschlossen worden. Die Unterschrift des Protocols steht unmittelbar bevor.

Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Pera, soll ein militärisches Protokoll an Bord des

französischen Kriegsschiffes Edgar Quinet bei Mudania bereits inoffiziell unterzeichnet worden sein. Hier nach erhalten die Griechen Befehl, Thracien innerhalb 10 Tagen zu räumen. Lehnen sie das ab, so würden die Alliierten die griechischen Häfen sperren, der nationalistischen Armee würde alsdann der Übertritt über die Meerenge und die Verdrängung der Griechen aus Thracien gestattet werden. Die türkischen Nationalisten hätten ihre Einwilligung dazu gegeben, daß die Alliierten während der Dauer der Friedensverhandlungen in Konstantinopel blieben. Die neutrale Zone soll geräumt werden, wobei sich die Engländer aus Tschakas über die Dardanellen nach Gallipoli zurückzuziehen hätten. Die femalische Armee soll erst nach Thracien eindringen, wenn der endgültige Friede unterzeichnet worden sei. Französische Truppen würden die englischen und italienischen Abteilungen in Thracien verstärken, bis die nationalistische Gendarmerie, Polizei und Verwaltungsbeamte anlangten.

Neuer griechischer Widerstand?

Noch Londoner Meldungen haben die griechischen Vertreter Instruktionen erhalten, in Mudania der Rückziehung der griechischen Truppen aus Thracien energetisch zu widersprechen. Die Jahrestassen 1917 und 1918 sind wieder mobilisiert worden. Außerdem hat der Kriegsminister an alle kriegsbefähigten Griechen, die nicht mobilisiert sind, einen Aufruf erlassen, als Freiwillige bis zur Beendigung des Krieges in das Heer einzutreten.

Auch die Türken rüsten.

Das türkische Informationsbüro meldet aus Ankara, der Minister für nationale Verteidigung habe eine neue türkische Armee organisiert, die aus 80 000 Mann besteht und mit den den Griechen abgenommenen Waffen ausgerüstet sei. Das Heer sei für die Befreiung Thrakiens bestimmt; die Soldaten seien in den freigemachten Gebieten ausgehoben worden.

Die Rathenaumörder.

Das Verhör des jüngeren Techow.

Nach dem Abschluß des Verhörs Ernst Werner Techows gibt der Sachverständige Geh. Med. Rat Prof. Dr. Strahmann ein Gutachten über die Todesursache Rathenaus ab, wonach bereits der erste Schuß tödlich war.

Darauf wird der 17jährige Obersekundaner Hans Gerd Techow vernommen. Er äußert sich zu dem Blane Stubenrauchs, von dem er durch Günther erschossen, Stubenrauch wollte den Minister Rathenau in der Wohnung des Kommerzienrats Mamroth erschießen, oder wenn dies nicht gelingen, im Reichstag. Der Angeklagte äußert sich dann über eine Zusammenkunft, an der außer Kern (Körner) und Günther, der sich als „Britische“ vorstellt, auch Günther und Stubenrauch teilnahmen. Stubenrauch wurde ironisch genommen, sein Plan wurde abgelehnt. Der Angeklagte sagt dann weiter aus, als er von dem erfolgten Attentat hörte, habe er sich sofort gefragt, daß Kern und Günther die Täter seien. Ich hatte auch keinen Zweifel, so fährt er fort, an der Beteiligung meines Bruders. Ich merkte das seinem Gesicht an. Bei einer Zusammenkunft erzählte Stern, man habe geschossen und auch eine Handgranate geworfen; die Maschinengewehre sei über Bord gegangen. Ich erhielt den Auftrag, zu Schütt zu fahren und dafür zu sorgen, daß die Autos kaputt gesetzt wurden. Am Montag oder Dienstag darauf ist der Angeklagte aus eigener Initiative an Schütt mit der Bitte herangetreten, ihm 5000 M. für seinen Bruder zur Verfügung zu stellen, damit er im Halle der Flucht nicht ohne Geldmittel sei. Schütt hat dies abgelehnt.

Die Physiologie des Techows.

Sachverständiger Dr. Pickelbach (Berlin), Hausarzt der Familie Techow, äußert sich als Sachverständiger über die Entwicklung, besonders die Geistesverfassung des jüngeren Techow. Hans Gerd Techow ist nach Aussage des Sachverständigen geistig und körperlich nicht vollkommen normal. Er begründet diese Behauptung medizinisch. Nach Ansicht des Sachverständigen ist der jüngere Techow zwar nicht unzurechnungsfähig, aber geistig etwas minderwertig. Vergleichlich des älteren Techow erklärte der Sachverständige, daß Ernst Werner Techow, der im Elternhaus niemals an Alkoholgenuss gewöhnt war, sehr leicht der Wirkung geistiger Getränke erliege. Er sei zudem ein außerordentlich gehorsamer Mensch und gerade deshalb leicht unter fremdem Einfluß.

Der Angeklagte Willi Günther.

Am nächsten Tage werden die Brüder Techow noch zu einigen Einzelheiten vernommen, und dann wird der Angeklagte Willi Günther vorgerufen, bei dessen Vernehmung die Anwesenheit eines medizinischen Sachverständigen zugelassen wird.

G. erzählt zunächst von den Mordplänen des 17-jährigen Stubenrauchs, der sich ihm ganz anvertraut habe. St. habe einige Schriften Rathenaus gelesen und wollte diesen im Reichstag oder beim Kommerzienrat Mamroth ermorden. G. erzählte Stubenrauch, er wolle diese Mordpläne an die Organisation C. in München weitergeben. Er will damit aber nur renomiert haben, da er der O. C. gar nicht angehört. Er habe den Brief von St. weitergegeben mit der Behauptung, der Plan sei abgelehnt worden.

Bald darauf sei er, G., von dem jüngeren Techow gebeten worden, „zwei Herren von der O. C.“ — eben Kern und Günther — zu besuchen. Diesen entwidmete er den Stubenrauchschen Plan, der verworfen wurde. G. hatte den Eindruck, daß Kern und Günther selber schon einen fertigen Plan gegen Rathenau in der Tasche hatten. Er war aber nicht sicher, daß sie selber die Täter sein würden. Kern mache einen sehr guten energischen Eindruck.

Günther schlägt nun die verschiedenen Zusammensetzung mit Stubenrauch, Kern, Günther, und den Techows im Steglitzer Ratskeller auf. Es sei ihm dabei immer mehr zweifelsfrei klar geworden, daß ein Attentat auf Rathenau mit Hilfe eines Autos bevorstehen. Seine eigene Aufgabe bestand zunächst nämlich darin, eine Garage zu besorgen, wozu er sich bereit erklärte. Es wurden weitere Zusammenkünfte vereinbart ohne Punkt, „bloß um in Führung zu bleiben.“

Günther erzählt, Kern und Günther warteten auf einen „Tilly“ (Tilleffsen), der Geld für das Unternehmen bringen würde. Kern war ein fanatischer Antisemit, und Günther wurde immer überzeugter, daß Stern bald zur Tat gegen Rathenau schreiten würde.

Er schildert dann die Autofahrt nach Nikolaiwka und die Schießübungen dort im Walde. Kern stellte dabei fest, daß gewöhnliche Pistolen nicht sicher genug seien und daß für die Entsiegelung vom fahrenden Auto aus eine Maschinengewehr herbei müsse.

Günther erklärt weiter, daß nach Tilleffsens Ankunft die Geldschwierigkeiten aufgehoben hätten. Er, G., habe damals aus seinen eigenen „Verbindungen“ Geld heranschaffen wollen, das sei aber nicht mehr nötig gewesen. Über die Art der „Verbindungen“ will er keine Auskunft geben. Er will bei seinen Kleiderzetteln hierüber renomistisch übertrieben haben.

Hierzu teilt der Präsident mit, daß über die Beschaffung der Gelder von der Polizei mehrere angefeindet wurden, die noch nicht abgeschlossen sind. Deshalb könne er vorläufig keine Namen nennen.

Aus der weiteren Vernehmung geht hervor, daß G. recht viel renommiert hat. So will er am Abend im Deutschen Nationalen Jugendbund sich als Mörder Rathenaus bezeichnet haben und deswegen als Mörder gefeiert worden sein. Doch wurde er, wie die Beteiligten feststellten, in dem Bunde nicht für ernst genommen, sondern als Hanswurst und Lustigmacher bezeichnet. Justizrat Dr. Hahn bestreitet, daß der Deutschen Nationalen Jugendbund den Mord gefeiert hat. Es sollen Teilnehmer jenes Festabends als Zeugen vernommen werden.

Politische Rundschau.

Berlin, 6. Oktober 1922.

Der frühere Oberbürgermeister von Wiesbaden, Geh. Oberfinanzrat Glässing, der im November 1920 von den Franzosen ausgewiesen wurde, hat die ihm vom Reich angebotene Stellung als Präsident des Landessinanzamtes Hessen (Eig. Darmstadt) angenommen.

Der deutsche Basisfunkenkongress in Leipzig hat einen Antrag angenommen, die Regierung zu erzwingen, daß bedingungslos dem Volkerbund beizutreten.

Durch ein vom politischen Staatschef unterzeichnetes Dekret wird der ostpreußische Landtag am 10. Oktober nach Kattowitz einberufen.

Die Wahl des Reichspräsidenten. In der letzten Besprechung zwischen dem Bücklinger Bauer und den Parteiführern hat man sich dahin geeinigt, daß die Wählwahl des Reichspräsidenten sobald vorgenommen wird, wie es die notwendigen amtlichen Vorberatungen gesetzten. Der endgültige Termin wird in weiteren Besprechungen zwischen Reichsregierung und Parteiführern festgesetzt werden. Als nächstmöglicher Termin dürfte der 3. Dezember in Betracht kommen.

Die deutschen Kohlenlieferungen. In der unverkennbaren Absicht, Deutschland neu „Verfehlungen“ nachzuweisen und damit den Vorwand für die berüchtigten „Sanktionen“ zu finden, behauptet die Pariser Presse neuerdings, daß die deutschen Kohlenlieferungen im September um 10 Proz. geringer gewesen seien, als sie hätten sein dürfen. Die Differenz ergibt sich einfach daraus, daß die Lieferungen aus Oberschlesien in Höhe von 15 000 Tonnen Steinkohle nicht ausgeführt werden konnten angesichts der durch den Übergang Oberschlesiens an Polen in dem Stützengebiet geschaffenen Hindernisse. Von den noch übereinander 1 600 000 Tonnen Kohle ist die Steinkohle vollständig geliefert worden. Beim Rest konnte der Rest nicht geliefert werden. Dieser Rest ist aber sehr gering. Er beträgt nur 35 000 Tonnen, also ein wenig mehr als 2 Proz. und nicht 10 Proz., wie die Pariser Presse behauptet. Dieser an sich geringfügige Restbestand erklärt sich einfach daraus, daß die Anforderungen der Entente von vornherein unausführbar waren, worauf die deutsche Regierung immer wieder hingewiesen hat. Daß der Rest überhaupt so gering geblieben ist, zeigt im Gegenteil, welche Anstrengungen Deutschland gemacht hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Wilhelm II. über Bethmann. Die neuesten Veröffentlichungen der Kaisermemorien beschäftigen sich eingehend mit dem Reichslanzer Bethmann-Holweg, dessen Unzulänglichkeit als Kanzler nach Meinung des Kaisers längst erwiesen ist. Bethmann sei, so meint der Kaiser, im Grunde seines Beispiels gewesen und habe sich in den Gedanken verirrt, mit England zu einer Verständigung zu kommen, fosse es, was es wolle. Im Laufe seiner Kanzlerschaft habe sich schließlich immer mehr herausgestellt, daß die Realitäten der Politik ihm recht fern liegen. Er hätte aber immer alles besser gewußt als alle anderen. So habe er Fehler über Fehler gemacht und in der Tat unser Unglück verschuldet. Der Kaiser hat jedoch den Kanzler trotz des Fehlchlags aller seiner politischen Berechnungen bei Kriegsausbruch im Amt belassen, weil er es für äußerst bedenklich hielt, im kritischsten Augenblick der deutschen Geschichte den obersten Reichsbeamten zu wechseln.

Das Honorar für das Kaiserbuch. Der Vertrag von K. F. Köhler, in dem die Memoiren Wilhelms II. erscheinen, schreibt zu den Mitteilungen der Münchener Neuesten Nachrichten über die Honorarfrage: Die genannte Summe von 350 Millionen Mark stellt ein vielfaches dar von dem, was Wilhelm II. tatsächlich bekommen hat. Werner ist festzustellen, daß er von keiner einzigen fremdsprachlichen Ausgabe irgendwelche Tantieme bezicht, so daß die mitgeteilte Nienfumme dieser Einnahme vollständig zu streichen ist. Er hat ein Honorar bekommen, wie es dem Werte des Buches und der Stellung des Autors angemessen war. Er hat dieses Honorar bereits zum größten Teil wohlträgten Stiftungen überwiesen.“

Türken Ordensträger in den alten Reichsstaaten getragen werden? In dem Rundschau des Preußischen Ministers des Innern vom 28. Juli 1922 wird den Kriegervereinen die geschlossene Teilnahme an Beerdigungen von Kameraden unter der Voraussetzung gestattet, daß u. a. schwartz-weiße Abzeichen nicht getragen werden. Nach einer kürzlich erfolgten Mitteilung des Preußischen Ministers des Innern an den Preußischen Landesringerverband gehören zu die-

en auf
Unter-
er An-
er, daß
würde.
Folksve
Ite da-
genug
Auto

s Un-
hätten.
berdin-
er nicht
indun-
selnen
haben.
er die
1 Ne-
abge-
feine

r, das
Aber
er Ma-
er ge-
reiteidi-
genom-
behau-
eutsch-
s fol-
nom-

22.
Geh.
n den
Reich
amtes
einen
abdi-
schmets
: nach

e leb-
e und
d, da-
nomi-
borbe-
rd is
e un-
glicher
men.
inver-
ungen"
zügl-
arjet
ungen
t, als
infach
höhe
wer-
über-
fenen
nenne-
rden.
Die-
5 000
nicht
tiefer
infach
vorn-
Ne-
Re-
Re-
seit-

Ber-
ein-
def-
Kai-
der
und
land
s es
lieb-
der
alles
zähler
mit-
trog
ungen
für
der
zu

Ber-
Wilt-
der
par-
Rarl
II.
daß
tr-
elte
den
ierte
offen
stetn

Ver-
Bil-
der
par-
Rarl
II.
daß
tr-
elte
den
ierte
offen
stetn

jen verbotenen Abzeichen nicht die Bänder von Orden und Denkmünzen in diesen Farben.

• Belämpfung der Arbeitslosigkeit. Es liegen bestimmte Anzeichen vor, daß im Laufe des Winters mit einem gewaltigen Anwachsen der Biffen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Das Reichsministerium ist daher mit dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsrat in eine Fühlungnahme eingetreten um die rechtzeitige Bereitstellung von erhöhten Mitteln zur Bekämpfung der drohenden Zunahme der Arbeitslosigkeit sicherzustellen.

• Einigung der Linksozialistischen. Die Gegner der Vereinigung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten haben bekanntlich beschlossen, die II. S. P. D. weiter als selbständige Partei bestehen zu lassen. Als Organ der Partei ist dieser Tage zum ersten Male die Wochenzeitung „Der Klassenkampf“ erschienen, die einen von der provisorischen Parteileitung (Bedebour, Viebnecht u. a.) unterzeichneten Aufruf an die Arbeiterschaft veröffentlicht. Als Ziel der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei“ wird die Einigung der sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten angegeben, wobei als unabdingbare Voraussetzung die Abschaffung unheilbar kompromittierter Führer bezeichnet wird.

• Der französische Justizminister Barthou hat in Straßburg erklärt, daß die Regierung vorläufig noch nicht auf den beratenden Ausschuß von Elsass-Lothringen zu verzichten gedenkt. Das gleiche Verfahren stellte er hinsichtlich des Straßburger Generalkommissariats in Aussicht.

• Die irische Regierung hat allen Aufständischen, die die Waffen bis zum 15. Oktober niedergelegt, Amnestie ausgesetzt.

• Der griechische Admiral Konuriotis hat die Ministerpräsidentschaft abgelehnt.

• Erstmals Konstantin von Griechenland hat in Palermo seine Unterkunft gefunden und war daher gezwungen, wieder an Bord des griechischen Kriegsschiffes zurückzugehen, mit dem er angelommen war.

Schweiz: Der Biermarktkredit für Österreich.

• Der Bierkombinat hat in seiner Schlusssitzung in Genf den Biermarktkredit für Österreich in Höhe von 650 Millionen Goldkronen endgültig bewilligt. Die Gewährung des Kredites wurde von der Durchführung einer umfassenden Reform der österreichischen Finanzen und der Verbündung eines großen Teils der österreichischen Staateinnahmen abhängig gemacht, doch soll die Souveränität Österreichs in seiner Weise angetastet werden. Die Beschlüsse des Bierkombinates wurden in drei Protokollen niedergelegt, die von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und Österreichs unterzeichnet wurden.

Vereinigte Staaten: Die Reparationsfrage auf der New Yorker Bankertkonferenz.

• Der frühere englische Schatzkanzler und jetzige Präsident der Londoner City und Nationalbank Mac Kenia, blieb auf der Zusammenkunft der amerikanischen Bankiers in New York eine wichtige Rede über die Reparationsfrage und die internationalen Schulden. Er erklärte u. a., es stehe außer Frage, daß Deutschland in den letzten drei Jahren jede Anstrengung unternommen habe, um seinen Außenhandel zu entwölfen. Sedoch seien zu seiner Zeit in Deutschland ausführbare Überholzisse gewonnen worden, um es instand zu setzen, die in dem Londoner Ultimatum geforderten Jahreszahlungen zu leisten. Daß Deutschland dies heute tun könne, sei völlig ausgeschlossen. Der Redner machte den Vorschlag, daß die Deutschen ihre ausländischen Wertpapiere an die deutsche Regierung verlaufen. Diese ausländischen Wertpapiere in deutschen Händen schätzt er auf mehr als eine Milliarde Dollar. Die deutsche Regierung werde sie dann ihrerseits der Reparationskommission aushändigten können. Es müsse jedoch dann innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren keine weitere Zahlung von Deutschland mehr gefordert werden. Das Resultat wäre dann, daß sich die Mark ebenso wie zahlreiche andere Devisen stabilisieren könnte.

Zur Reichspräsidentenwahl.

— Berlin, 5. Oktober. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, wird die Deutschnationale Volkspartei unbedingt auf einer bürgerlichen Kandidatur bestehen und gegebenenfalls mit einer eigenen Kandidatur vorgehen. Sie gedenkt zunächst mit der Deutschen Volkspartei deswegen Führung zu nehmen.

Die Bevölkerungsverhandlungen.

— Berlin, 5. Oktober. Die Verhandlungen, mit den Spartenorganisationen über die Neuordnung der Beamtenbefördlung sind von der Reichsregierung als aussichtslos abgebrochen worden. Über die wichtigste Frage, die Neuregelung der Grundgehälter, konnte in wesentlichen eine Vereinbarung erzielt werden; dagegen wandte sich die Mehrzahl der Organisationen gegen die Absicht der Regierung, die bisher für alle Befördungsgruppen gleiche Frauenzulage fünftig prozentual zu bemessen. Das Bestreben der Reichsregierung, durch eine prozentuale Gestaltung der Sozialzulagen eine weitere Abstimmung der Beamtenbezüge zu unterbinden, entspricht der Stellungnahme der Länder und des Reichstages; der an den Verhandlungen beteiligte Reichsbund der höheren Beamten sprach sich im Interesse des Leistungsprinzips ebenfalls gegen eine Enebungszulage aus, und nahm demzufolge sowohl hinsichtlich des Kopfzuschlags wie des Frauenzulagen eine von den Haltung der übrigen Organisationen abweichende Stellung ein.

Börsenwirtschaft.

• Handel und Gewerbe im September. Die Berichte, welche die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im September dem Handelsminister erstattet haben, zeigen, daß einerseits die Frage, wie Handel und Industrie nach der ungeheuren Geldentwertung dieses Sommers die zur Fortführung ihrer Betriebe erforderlichen Mittel beschaffen können, noch keine Lösung gefunden hat und noch wie vor als große Sorge auf dem Wirtschaftsleben lastet, daß aber andererseits das augensichtliche Misverhältnis zwischen dem der Industrie und dem Handel verbliebenen Rest von Betriebskapital und ihrem Kapitalsbedarf bisher noch nicht zu Betriebsentstreuungen oder Betriebsentzündungen von wirtschaftlicher Bedeutung geführt hat. Der Beschäftigungsgrad ist im allgemeinen gut, in einzelnen Industriezweigen bestand Arbeitsmangel nur wenig vermindernd fort und nur in einzelnen Zweigen, insbesondere der Bekleidungs- und Ernährungsindustrie, haben Arbeitsmangelzündungen stattgefunden müssen. Die Auftragsbestände sind allgemein zurückgegangen. Zahlreiche Betriebsstillungen waren

in dem immer unerträglicher werdenden Kohlemangel, in dem vielfach wieder einzeyenden Wagenmangel, in einzelnen Fällen in Ausfertigungen der fast gar nicht mehr ausreichenden, aber meist ruhig verlaufenden Wohnbevoelkerungen begründet. Auch die Einführung von Weltmarken, die Auktionsierung in fremden Währungen und die Forderung von Abzahlungen hat die Erteilung von Aufträgen beeinträchtigt, so daß aus diesem Rücksicht für die künftige Beschäftigung der Industrie höhere Schwierigkeiten nicht gezogen werden können.

• Das Zeitungspapier wird wieder teurer. Das Reichswirtschaftsministerium wird durch eine in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung den Höchstpreis für Holzstoff mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab neu festsetzen. Der Höchstpreis wird für 100 Kilogramm Kleiholzschiff 4000 Mark betragen. Die Preise des für die Herstellung von Zeitungspapier benötigten Holzstoffes sind von 67,50 auf 78 Mark und des Zeitungspapiers von 68,50 auf 83 Mark für das Kilogramm erhöht worden. Die Erhöhung der Preise ist bedingt durch die Steigerung der Frachten, die bei Zeitungspapier allein eine Versteuerung von 10 Mark für das Kilogramm verursachen, sowie durch die Erhöhung der übrigen Produktionskosten.

• Für 41 Milliarden Mark Gebtausendmark-Scheine. Reichsbanknoten zu 10 000 Mark gab es nach einer neuen Ausstellung schon Ende August über 5 Millionen Stück. Die Menge, die diese Scheine leider schon viel zu erhöht darstellt, daß der Betrag, den sie ausmachen, unter allen Notenarten bereits an die dritte Stelle gerückt war. An erster Stelle stehen nach wie vor die Reichsbanknoten zu 1000 Mark, deren Gesamtbetrag über 91 Milliarden Mark ausmacht. An zweiter Stelle kommen die zu 100 Mark mit nicht ganz 67 Milliarden. Die Gebtausendmark-Scheine über 41 Milliarden aus. Selbst auf die zahlreichen Scheine zu 50 Mark kommen noch nicht 22½ Milliarden. Solche zu 500 Mark kommen nur für 11½ Milliarden, zu 20 Mark 34 und zu 10 Mark für 1,4 Milliarden Mark.

Handelsteil.

— Berlin, den 5. Oktober 1922.

Auch heute war an der Börse bei den Devisen ein weiteres Anziehen festzustellen. Dem Effektenmarkt gingen gleichfalls ansehnliche Kaufaufträge zu, so daß auch hier Kurssteigerungen von stellenweise 100 Prozent zu verzeichnen waren, wenn auch die Tendenz nicht einheitlich war. Die Führung übernahmen heute Ostasi-Mining-Anteile mit einer Kurssteigerung von 1800 M. Neu-Guinea von 275 Prozent, Kolonialantekte von 5000, Bonona von 7000, 5 prozent. Mexikaner von 1500, 5 prozent. Tebanantepec-Ostlagentionen von 2500 Prozent. Die Ungarische Goldrente von 250, Zollstücken von 125, Kanada von 650, Basalt von 350 und Süßwasser-Marmorn von 300. Vorhanden-Prioritäten (alte) konnten 250 und neue 450 Prozent anzählen. Abgeschwächt waren, und zwar um 300 Prozent, Norddeutsche Wolle.

Um Produktenmarkt war das Geschäft nicht gerade lebhaft, die Stimmung sonst fest. Angebote lagen allemal spärlich vor, und die Forderungen lauteten zu hoch, um Abschlüsse zu ermöglichen. Roggen wurde hauptsächlich für die Umfrage gesucht. Weizen fand nur mäßige Nachfrage, die Käufleute vom Verbrauch und der Industrie zeigte sich für Hafer. Für Mais blieben die Brennereien in erster Linie Abnehmer. Gute Sorte war knapp, die ausländische Ware keine Rechnung läßt, und nur inlandsche in Frage kommt. Getreifutterstoffe wenig verändert bei ziemlich ruhigem Verkehr. Getreidesammler knapp und fest. Getreidekästen aber ebenfalls fest.

Der Stand der Mark.

| | Es kosteten noch den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am | 5. 10. | 1914 |
|----------------------------|--|--------|--------|
| 100 holländische Gulden | 83995 | 82394 | 167—M. |
| 100 belgische Franken | — | 15131 | 80— |
| 100 dänische Kronen | 44494 | 43745 | 112— |
| 100 schwedische Kronen | 57378 | 56530 | 112— |
| 100 italienische Lire | — | 9014 | 80— |
| 1 englisches Pfund | 9588 | 9363 | 20— |
| 1 Dollar | 2137 | 2127 | 4,20— |
| 100 französische Franken | — | 16130 | 80— |
| 100 schweizerische Franken | — | 39700 | 80— |
| 100 tschechische Kronen | 7391 | 6941 | —, — |

Warenmarkt.

Mittagshörse. (Mittwoch.) Preise für je 50 Kilo ob Station: Weizen 4200—4325, Roggen 3800—3900, Gerste 3650—4200, Hafer 4100—4250, Mais 4200—4300, Weizenmehl (100 Kilo) 11 800—12 500, Roggenmehl (100 Kilo) 10 000—10 800, Weizenzucker 2250—2300, Roggenzucker 2300 bis 2350, Mais 5000—5300, Biskuitwaren 6000—6300, Butterherzen, 3700—4000, Blasenjoghurt und Butterbohnen 3500—3700, Lupinen blau 2300—2500, gelbe 2500—2800, Serradella 3700—4200, Rapsflocken 2500—2600, Trockenfisch 2200, Tiefmehlasse 1550—1650.

Hanf und Stroh.

Bericht der Preisnotierungskommission. Großhandelspreis

für 50 Kilo ab Station: Drahtgebreites Roggen, Weizen-

und Haferstroh 1050—1100, bindefadengebreites Roggen- und

Weizenstroh 980—1020, Roggenlangstroh 1050—1100, gebündeltes Krummstroh 890—940, Haferstroh 1175—1225, han-

delssüßliches Hanf 570—640, gutes Hanf 640—700 Mark.

Zole, welche leben.

(28. Fortsetzung.)

„Nun, da hätten wir ja eine Person,“ meinte der Richter bedächtig, „die mit jenen Briefen in Zusammenhang gebracht werden könnte. Wie war denn der Name dieses faulen Gesellen?“

„Er hieß Hugo Mahr; aber daß er diese Briefe geschrieben hat, kommt mir nicht wahrscheinlich vor. Er ging, kurz nachdem er von mir diese Abweisung erhalten hatte, nach Amerika und ist seither nicht mehr aufgetaucht. Er soll sich auch geäußert haben, ich sei es, die ihn aus seiner Heimat vertrieben habe, und ich sei schuld, wenn er ein Lump werde.“

„Das scheint er wohl schon früher gewesen zu sein,“ meinte der Richter trocken. „Haben Sie nun nichts mehr hinzuzufügen?“

Hedwig schüttelte stumm den Kopf.

„So muß ich Ihnen denn jetzt folgendes sagen, Hedwig Mirbach,“ sagte der alte Herr ernst. „Die äußerlichen Verdachtsgründe, welche gegen Sie vorliegen, sind immerhin zu schwer, als daß ich es mit meiner Pflicht vereinbaren könnte, Sie auf freiem Fuß zu belassen. Ich muß also die Untersuchungshaft über Sie verhängen.“

Hedwig wankte. Dr. Richter sprang hinzu und fing Sie in seinen Armen auf.

„Über was sagen Sie deswegen nicht“, fuhr der Richter väterlich wohlwollend fort. „Das Gericht ist nicht leicht zu täuschen, und wenn Sie wirklich unschuldig sind, so wird dies auch ans Licht kommen. Wir haben schon schwerere Rätsel gelöst.“

„Hedwig“, sagte nun auch der junge Polizeibeamte, „führe mir nicht. Ich habe nur meine Pflicht getan, als ich dich dem Gericht überlieferte. Du mußt das einsehen. Aber hier schwör ich dir, daß ich nicht ruhen und rasten will, bis ich diesem dunklen Geheimnis auf den Grund gekommen bin, um deinetwillen und um dessen willen, der mein Freund ist und den du liebst. Und wenn du jetzt irgendwelchen Wunsch hast, so sprich ihn aus. Ich erfülle ihn, so wahr ich dein Freund bin.“

Hedwig Mirbach hatte sich etwas gefaßt, aber sie schluchzte laut.

„Meine arme Mutter“, sagte sie unter heftigem Weinen; „sie weiß noch von nichts. Wie bitter wird sie dieser neue Schlag treffen!“

„Ich fahre sofort selbst zu ihr“, sagte Dr. Richter hastig, „sie soll es nicht von unberufener Seite erfahren. Und was ich ihr an Trost geben kann, das will ich tun.“

„Und Wolf sage, daß ich seiner nicht unverständlich bin, wenn auch jetzt der Schein gegen mich ist. Er soll an mich glauben, denn ich bin unschuldig, so wahr ich lebe.“

Der Richter schüttelte den Kopf. Ein Justizsoldat trat ein. Da räzte sich Hedwig Mirbach auf und löste sich aus den Armen des jungen Mannes.

„Ich möchte noch um etwas ersuchen“, sagte sie zögernd, einen scheuen Blick auf den Soldaten werfend. „Da ich nun doch längere Zeit werde hier bleiben müssen, so bedarf ich einiger Toilettengegenstände und eines anderen Kleides. Jenes, welches ich jetzt trage, ist von dem Wetter dieser Nacht arg mitgenommen.“

„Dagegen habe ich nichts einzuwenden“, erwiderte der Richter. „Sie können sich, was Sie bedürfen, holen lassen und die abgelegten Sachen nach Hause schicken. Natürlich müssen alle Gegenstände bei Ihrem Eintreffen und vor der Herausgabe durchsucht werden, denn einen schriftlichen Verkehr mit den Ihrigen unterhalten dürfen Sie jetzt nicht.“

„Aber ein paar Abschiedsworte darf ich der Mutter doch schreiben?“ fragte Hedwig, und Dr. Richter fiel hastig ein:

„Das könnte ja ich besorgen. Schreibe auf einen Zettel, was du alles brauchst. Vielleicht ist der Herr Richter so freundlich, mit einem seiner Leute mitzugeben, der kann dir das Nötige überbringen und dann dein Kleid der Mutter zurücktragen.“

Der alte Herr nickte gewährend. Hedwig schrieb rasch einige Zeilen und reichte sie dem Vorstehenden, der sie durchlas und dem jungen Polizeibeamten einhändigte. Dann warf Hedwig Mirbach noch einen letzten Blick durch das Fenster auf die im Herbstes-Johannschein glühenden Bäume und schritt blaß, aber mit festen Schritten ihrem Bräutchen voran in ihre Zelle, deren Mauern sie nun scheiden sollten von der schönen Welt draußen und von allen Menschen, die sie liebte. Als aber die Tür ihres Gefängnisses hinter ihr zufiel, da verließ sie der letzte Rest ihrer nur mehr mühsam aufrecht erhaltenen Fassung. Sie sank auf einen Stuhl nieder, vergrub ihr Gesicht in ihre Hände und weinte heiß und bitterlich.

Trotzdem die beiden Geschwister Irwin erst abends in Wien ankamen, hatten sie noch bei Gericht vorgesprochen und dort das Schicksal Hedwigs erfahren. Ein Versuch Wolfs, ihr ein Zeichen seiner

gegenwärtigen Eisenbahnfaßpreise am 1. November verdoppelt. Dazu kommt am 1. Dezember ein Zuschlag von 30% und auf den neuen Soz am 1. Januar 1923 ein Zuschlag von 33%.

Die Ernennung Barthous.

Paris, 6. Oktober. Die angekündigte Ernennung des bisherigen Justizministers Barthou zum französischen Delegierten in der Reparationskommission ist am Donnerstag im Ministerrat erfolgt. Die Minister in ihrer Gesamtheit, wie darauf Poincaré noch allein, haben Barthou den Dank für die Annahme der verantwortlichen Stellung ausgesprochen. Zum Justizminister ist der Unterstaatssekretär Colrat, die rechte Hand Poincarés, ernannt worden.

Ein deutsch-französisches Abkommen für die Rettung der Goethe-Reliquien aus Lyon.

Berlin, 6. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt: Frankreich hat der deutschen Regierung den Vorschlag gemacht, die Versteigerung der Lyoner Ausstellungsgegenstände dadurch abzuwenden, daß die Lagergeldforderung aus dem Gesamtbetrag der Liquidation deutscher Güter in Frankreich beglichen und daß das Konto der Outfit entsprechen gekürzt wird. Die deutsche Regierung ist bereit, das nicht unverhältnismäßige Opfer zu bringen und sich mit der Kürzung des Outfitbeitrages zur Erlangung der Freiheit der Ausstellungsgäste unter der Bedingung einverstanden zu erklären, daß nach der Zahlung der Lagergeldforderung die Herausgabe der Goetheschen Ausstellungsgegenstände vorbehaltlos erfolgt.

Griechische Empörung

über die türkischen Erfolge in Mudania.

London, 6. Oktober. Nach Telegrammen aus Athen haben die Meldungen über das angebliche Einvernehmen in Mudania große Unruhe hervorgerufen. Griechische Blättermeldungen stellen völker Empörung fest, daß Griechenland von England im Stiche gelassen worden sei und die Ausrufe der Regierung zur Bildung von Freiwilligen-Korps im Lande großen Erfolg haben.

König Georg wie ein Gefangener.

London, 6. Oktober. Wie aus Athen gemeldet wird, wird der neue König Georg von den rebellischen Truppen in etwas milderer Form als ein Gefangener behandelt.

Konstantinopel unterstellt sich Angora.

London, 6. Oktober. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Bei der Goldenen Pforte ist ein Funkspruch eingegangen, daß Franklin Bouillon Freitag abend nach Konstantinopel zurückkehren werde. James Paucha hat erklärt, daß die konservativen Regierung in Angora verbleiben werde, bis der Friede unterzeichnet ist, und daß dann die Regierung nach Konstantinopel übersiedeln werde. Die Regierung von Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora als Träger der Macht anerkannt. Die Verwaltung der Stadt soll durch einen von Angora zu bestimmenden Generalgouverneur übernommen werden.

Prinz Max von Sachsen auf dem Pazifist Kongreß für eine einheitliche Religion.

Leipzig, 3. Oktober. Auf dem Deutschen Pazifist Kongreß standen auch die Kulturprobleme zur Beratung. Als Vertreter der Kirche nahm Prof. Dr. jur. et theol. Max von Wettin, Herzog zu Sachsen, das geistliche Mitglied des früheren sächsischen Königshauses, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Er freue sich, in Leipzig, diesem wichtigen Kulturgebiet Deutschlands, wo er doreinst gelebt und studiert habe, an der Beratung so bedeutender Fragen mitzuarbeiten.

Die Geistlichen müssen sich an den Kriegsbefreiungen beteiligen. Denn Frieden ist das vornehmste Ziel der Kirche. Zwischen nationalen und internationalen Kulturproblemen ist kein wirklicher Gegensatz, denn die Einheit und Weltfertigkeit beider hat den gleichen Ursprung. Man muß den übernationalen Charakter aller nationalen Kulturbewegungen beachten, wenn die ersten nicht leiden sollen. Der verschiedene Charakter der Völker beeinflusst allerdings die Weile, wie den Kulturbefreiungen gedient wird. Jede Kultur führt außerdem stets auf Kulturen anderer Völker. Das beweist ohne weiteres die Zusammensetzung jeder Sprache. Durch Beschleunigung der Kultur ganz allein auf nationale Ziele tritt sie zur Zerstörung an sich selbst bei. Der Krieg ist der allergrößte Kulturerstörer. Das höchste Kulturgebiet ist die Religion. Eine monotheistische muß international sein. Polytheistische mögen nationale Götter anerkennen. Die christlichen Gedanken sind so, daß sie sich die Welt erobern können, wenn wir nur genügend seften Willens wären, wirkliche Christen zu sein. Die katholische Kirche hat sich ganz besonders stark den Gedanken der allgemeinen Kirche gewidmet. Im Mittelalter gab es deshalb eine allgemeine, sehr gleichartige Kultur. Die Neuzeit dagegen hat den nationalen Gedanken weit mehr auf den Schild erhoben. Wie darf aber eine Volkskultur sich als die einzige richtige und höchste bezeichnen.

Es ist wahr, daß die Kirche auch manchmal als Panier des Krieges gediengt hat. Aber das war Missbrauch des Kirche. Das Trennen der Kirchen soll nicht hindern, daß auf friedlichem Wege eine einheitliche Religion erreicht wird.

Wie sich Prinz Max die einheitliche Religion dient, hat er leider nicht gesagt. Die Forderung: „Sie darf eine Volkskultur sich als die einzige richtige und höchste betrachten!“ wendet sich am letzten Ende auch gegen die Unfehlbarkeit des Papstes.

Schlachtfleischmarkt Dresden am 5. Oktober.
Hoftrieb: 1. Rinder: — Ochsen, 4 Bullen, 4 Kalben und Rühe; 2 365 Rüder; 3. 107 Schafe; 4. 263 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtwicht: Rinder wie am Montag. Rüder: 1. Doppelte — 2. beste Rast- und Saugkalber 11000 — 1300, D. 18000. 3. mittlere Rast- und gute Saugkalber 0.00 bis 10000, D. 17175. 4. geringe Rüder 9.00 — 950.0, D. 16.825. Schafe: Dorsalspreize. Schweine: 1. vollfleischige der feinen Rassen und der Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren 2050 — 21000, D. 26000. 2. mittlere 21200 — 21500, D. 26700. 3. Fleisch 19.00 — 20000, D. 26.00. 4. gering entwiderte 17500 — 18500, D. 27.5. 5. Sauen und Über 170.0 — 21000, D. 25350. — Insgesamt 743 Tiere.

Gehaltspreis: Rüder gut, Schweine mittel. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufsspesen, Umschlufer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Kirchen-Nachrichten.

Sonnabend den 7. Oktober 1922.

Johnsbach, 2 Uhr Abendmahl. Sodisbach, 2 Uhr Einholung der neuen Glocke.
17. Sonntag nach Trinitatis, den 8. Oktober 1922. Landeskollekte zur Nothilfe für die vom Gesamtverband der Inneren Mission Sachsen gesetzten Anstalten und christlichen Liebeswerke.

Ephorie. Pfarrereinweihung in Lauenstein durch Sup. Michael.

Teg: Alagel. Ier. 3. 22—26. — Lied: 534. Dippoldiswalde. Erntedankfest. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. 9 Uhr Festgottesdienst. 11 Uhr Festkindergottesdienst (beide Abteilungen). Sämtliche Umtshandlungen Pfarrer Mozen. (Im Vormittagsgottesdienst Chorgesang).

Hennersdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Schönbach, 2 Uhr Predigtgottesdienst. 3 Uhr Kinder-gottesdienst.

Johnsbach, 1/2, 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

1 Uhr Jugendgottesdienst (Jünglinge).

Ripsdorf, 1/2, 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich. Kreicha, 8 Uhr Beichte und Heilige Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Weihe der den Gefallenen gewidmeten Kirchenfenster. 2 Uhr kirchliche Unterredung mit den Jünglingen aller dazu verpflichteten Jahrgänge. 3 Uhr Laufgottesdienst. Oelsa, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Darauf Kindergottesdienst. Pöllendorf, 9 Uhr Beichte und Abendmahlsgottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: derselbe. Reichstädt, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Ruppendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Sabisdorf, Erntedankfest und Glockenweihe. 1/2, 12 Uhr Laufgottesdienst. 2 Uhr Festgottesdienst. Schellerhau, 9 Uhr Predigtgottesdienst; anschließend Abendmahl. 1/2, 11 Uhr Kindergottesdienst. Värenberg, 4 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle; anschließend Abendmahl. Schmiedeberg, Abends 8 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich.

Baptistengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9/2 Uhr Gottesdienst. 10/2, Uhr Sonntagsschule. 4/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/2, Uhr Bibelstunde.

Wettervorhersage.

8. Oktober: Schön, gelinde.
9. Oktober: Veränderlich, kühl.
10. Oktober: Vielach heiter, milde.
11. Oktober: Veränderlich, milde, Sonne.
12. Oktober: Wenig verändert.
13. Oktober: Sonne, vielach Nebel, milde.
14. Oktober: Sonne, teils wolzig, gelinde, Nacht kalt.

181. Landeslotterie.

5. Klasse, 2. Tag, 5 Oktober. (Dane Gewähr.)
100 000: 15476 30 000: 66574 69956 20 000:
60564 10 000: 33093 34876 37701 53580 80028 115145
121774 5 000: 12272 26717 48784 53426 54393 63805
65806 73254 74817 95238 103060 107819
3 000: 1843 2585 3383 3093 4145 4352 6185 6143
9596 13156 13553 18278 19844 21474 23861 25842
26236 33707 34167 34719 34759 35187 41909 42206
42991 43209 44182 46423 47034 47830 50313 55465
59418 60057 60486 63881 69489 72828 74316 78512
80826 90949 96149 104627 106550 110525 112194 114294
116770 116896 121532 123290
2 000: 221 978 3730 4495 4725 6361 6618 6867
7103 7692 8094 8655 9306 11465 12545 17647 18874
19077 21715 22076 22632 24252 25370 26179 26593

Jugendverein Reichstädt.

Mitglieder Sonnabend

Versammlung

Der Vorstand.

Margarete Palmin
Weißermehl, Rosinen, Mandeln,
Blüter - Mandel - Crost, geröstet
Kostüm Badewürze, braunen
Weißerlauch, Sirup, Honig
empfiehlt Johs. Beimann
Ab Grahs Nr. 5.



Samtliche Farben Lacke etc.

Hermann Lommatzsch
Drogerie zum Elefanten
Dippoldiswalde

Hermann Lommatzsch
Drogerie zum Elefanten
Dippoldiswalde

Stern-Lichtspiele Heute Freitag abend 1/29 Uhr!
Verdanken Sie nicht
den großen, zweiteiligen Detektiv- und Abenteuerfilm:
„Der Eisenbahnkönig“ 1. Teil.

Infolge der abermaligen, erheblichen Wertpreis-Steigerung seitens der Brauereien sind wir leider gezwungen, den Ausschankspreis für bissige Böller aufzutragen.

M. 22.— pro Glas

festzusehen.

Der Gastruhverband und die Gastwirtevereinigung
für Dippoldiswalde und Umgegend.

Auktion!

In Anbetracht der hohen Futterpreise und da für die Winteraison zu unrentabel, versteigere ich öffentlich gegen sofortige Barzahlung Montag den 9. Oktober 1922 nachm. 1/2 Uhr, Kleine Mühlstraße 263, im Auftrag der Firma Herm. Lommatzsch, Dippoldiswalde:

ein Paar Pferde,

1 offenen Kutschwagen, 1 Dogcart, 1 Paar neue und 1 Paar gebrauchte Kutschgeschirre, 1 Kutscherpelz, 2 Stück Einspanner-Kutschgeschirre (Kabriolet), ferner 1 Schlitten, 1 geschlossenes Kutschwagen, 2 American, 1 Halbsasse, Ackergeräte usw. M. Rehseh, Lokalrichter.

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Gedanken legen wir zugleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Benno Göbel und Frau Paula, geb. Göbel.

Brautwäsche, den 30. September 1922.

Glashütte und Cunnersdorf, den 30. September 1922.

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Gedanken legen wir hiermit zugleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Glashütte und Cunnersdorf, den 30. September 1922.

Bruno Gorgs und Frau Luise, geb. Reichel.

Wir sind wieder mit einem frischen Transport

junger Oldenburger und belgischer Arbeitspferde



leichten und schweren Schlägen, eingetroffen und stellen dieselben bei uns zum Verkauf.

Hainsberg, Sa. Emil Rößner & Co.

Berndorf Freitag 29.

Wir haben auch zwei Paar junge bayrische Zugpferde zum Verkauf stehen.

Programme, Eintrittskarten usw. durch Carl Jehne.

Für die uns beim Hinscheiden und beim Beerdigen unserer lieben Schwester, Schwestern u. Tante

Frau Minna verw. Siegert geb. Benedix

erwiesene Teilnahme legen wir unseren herzlichsten Dank.

Dippoldiswalde und Dresden, den 6. Oktober 1922.

Die trauernden Familien Benedix und Tennert.

—

St. Lucia

St. Lucia